

Diesen Krieg hätte man verhindern können. Wenn man es denn gewollt hätte ...

Der Krieg in der Ukraine beherrscht derzeit die gesamte Medienlandschaft in Mitteleuropa – und hat damit die Pandemie als Aufreger-Thema fast nahtlos abgelöst. Andere, mindestens ebenso wichtige Themen wurden dadurch fast zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt: Wir stehen am Abgrund der Klimakatastrophe – und dass durch jede kriegerische Handlung gerade die Erderhitzung und auch die Zerstörung der Ökosysteme und der Artenvielfalt buchstäblich noch weiter angefeuert wird, wird merkwürdigerweise kaum zum Thema gemacht. Dabei erfolgt dies ja nicht nur direkt – indem jede gegen Menschen gerichtete Bombe und Granate nicht auch Tiere und Pflanzen treffen kann. Sondern vor allem auch indirekt, weil die Herstellung, der Transport und die Inbetriebnahme gerade sogenannter schwerer Waffen Unmengen von Rohstoffen und Energie verschlingt und entsprechende Mengen von Treibhausgasen ausstößt und Gelder bindet, die dann woanders fehlen. Zum Beispiel bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt. Die Zahl der hungernden und mangelernährten Menschen ist nicht nur durch die Maßnahmen gegen die Pandemie, sondern auch durch die Sanktionen und Transporteinschränkungen des Krieges noch einmal erheblich angewachsen.

Das alles scheint aber bei den Politikern fast aller Parteien keine Rolle mehr zu spielen. Fast alle rufen sie nach noch mehr Waffen – und fühlen sich offenbar moralisch im Recht, wenn sie Verhandlungen verschmähen und stattdessen auf Sieg setzen – auf den Sieg ihrer Seite, die sie ganz selbstverständlich für die Seite der Guten halten. So, als ob nicht in jedem Krieg nicht nur den Soldaten auf beiden Seiten, sondern auch der Bevölkerung durch entsprechende Propaganda eingepflegt wird, sie seien moralisch im Recht.

Doch was nützt das, wenn dann der Krieg früher oder später in kaum vorstellbarer Weise eskaliert, weil merkwürdigerweise zuvor offenbar

kaum jemand in Rechnung gestellt hat, dass wir es heute mit Atommächten zu tun haben? Und woher kommt diese Ahnungslosigkeit, ja Verantwortungslosigkeit in der heutigen Politikergeneration?

Der heute über 80jährige Sozialdemokrat Albrecht Müller, der in den 60er, 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts mit an der letztlich erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik Willy Brandts beteiligt war, erzählte in einem Vortrag Ende April 2022, wie seine Partei deshalb im Jahr 1980 in erhebliche Bedrängnis kam. Sie schaltete daraufhin für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eine große Anzeige mit den Fotos von 49 Kriegerwitwen und der Überschrift: **„Nie wieder Krieg!“** Und seine Partei gewann diese Wahl. Albrecht Müller kommentierte dazu:

„Heute fehlt die Kriegserfahrung ... Wir müssen dafür sorgen, dass die Mehrheit unseres Volkes wieder begreift, was Krieg bedeutet.“
(Nachdenkseiten = NDS, 6.5.2022)

Ein erster Schritt dorthin könnte zum Beispiel sein, dass die verantwortlichen Politiker, die jetzt nach immer mehr Waffen rufen und auf den militärischen Sieg setzen, als erstes einmal ihre Kinder und Enkel, die im entsprechenden Alter sind, mit an die derzeitige Front schicken.

Inzwischen wird ja sogar die bundesdeutsche Entspannungspolitik, die letztlich zur deutschen Wiedervereinigung führte, von zahlreichen Politikern und Medienschaffenden nachträglich als „verfehlt“ kritisiert. Denn, so die Begründung, die damaligen Politiker hätten den notwendigen Abstand zum damaligen und heutigen vermeintlichen „Reich des Bösen“ – damals Sowjetunion, heute Russland – nicht eingehalten. Dabei war auch den deutschen Politikern damals durchaus klar, dass sie es mit einer gefährlichen Atommacht zu tun hatten. Doch gerade deshalb sahen sie keine andere Möglichkeit, als unter allen Umständen das Gespräch zu suchen, um Schlimmeres zu verhindern.

Und gerade weil heute in weiten Kreisen der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Gefahren einer möglichen Eskalation ebenso zu fehlen scheint wie die Einsicht in die Notwendigkeit, auf diplomatischem Weg entschlossen einen Ausweg zu finden, und gerade weil auch weite Teile der Medienlandschaft in diesen Punkten ziemlich einseitig und wie gleichgeschaltet daherkommen – gerade deshalb erscheint es notwendig, einmal ganz nüchtern einige Fakten aufzuzählen, um eine Antwort zu finden auf die Frage: Wie kam es zu diesem Krieg? Wäre er zu verhindern gewesen? Vorausgesetzt natürlich, man hätte ihn verhindern wollen. Und wo könnte heute der Ausweg liegen?

Zuvor noch eine Anmerkung dazu, auf welchem Hintergrund wir Ihnen diese Fakten vorstellen möchten: Wir sind Urchristen, Nachfolger des Jesus von Nazareth, der jegliche Gewalt abgelehnt hat. Aus der Sicht der Lehre des Friedfürsten Christus ist jede Gewalt, ist jeder Krieg ein Verbrechen, ein Verstoß gegen das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe, denn Er sagte: „**Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen.**“

Das erscheint uns insbesondere deshalb von Bedeutung, weil nicht nur die Akteure auf beiden Seiten der Front in der Ukraine sich als „Christen“ bezeichnen, sondern auch die Unterstützer der Ukraine in verschiedenen Staaten des Militärbündnisses NATO, darunter auch Deutschland. Die Lehre vom angeblich gerechten Krieg, die zum Glaubensinhalt fast aller sogenannten „christlichen“ Konfessionen gehört, hat aber mit der Friedenslehre der Bergpredigt, die uns der Christus Gottes brachte, nichts zu tun.

Das sehen wir auch an den jüngsten Äußerungen führender Theologen der Kirchen, die sich nur noch verächtlich über den Pazifismus äußern, so etwa der Professor für evangelische Systematische Theologie in Wien, Ulrich Körtner. Er sagte in der Zeitschrift *Idea* (13.4.2022) über die bisher noch teilweise propagierte evangelische Friedensethik: „**Sie atmet den Geist eines Idealismus, der die Realität des Bösen auf unbiblische**

Weise verleugnet und den Weg ins Sektierertum beschreitet ... Es war eine illusionäre Weltsicht, die da vertreten wurde.“

War Jesus von Nazareth also nur ein „Sektierer“, der eine „illusionäre Weltsicht“ vertrat?

Führende katholische und auch protestantische Talarträger haben in den letzten Jahrzehnten sogar den Einsatz von Atombomben als mit dieser kriegerischen Lehre vereinbar erklärt – was möglicherweise unbewusst mit dazu beiträgt, dass gerade die jüngere Generation von Politikern im Westen erstaunlich leichtfertig mit dieser Gefahr umzugehen scheint.

Und die letzte und bisher einzige Zündung von Atombomben in einem Krieg liegt ja mittlerweile auch schon wieder mehr 80 Jahre zurück. Dennoch sollen wir die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki wachhalten. Und gerade dieses Jahr eignet sich auch als Ausgangspunkt eines kurzen historischen Rückblicks. Denn um die Ursachen eines Kriegs zu verstehen, genügt es nicht, nur wenige Wochen oder Monate in den Blick zu nehmen. Da sollten wir etwas tiefer schürfen.

Japan war im Sommer 1945 im Grunde bereits besiegt. Ließ der damalige US-Präsident Harry Truman die beiden Städte wirklich nur deshalb zerstören und dabei 300.000 Menschen direkt umbringen, damit er das Leben weiterer US-Soldaten schonen konnte? Oder wollte er auf diese Weise nicht auch den Anspruch der USA auf die Weltherrschaft zur Schau stellen?

Und wurde wenig später das Militärbündnis NATO wirklich nur als nordatlantisches Verteidigungsbündnis gegen die Sowjetunion gegründet? Die Sowjetunion war damals durch die Kriegsergebnisse extrem geschwächt – zumal sie die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland getragen und dabei mehr als 27 Millionen Tote zu beklagen hatte.

Führte also wirklich nur die Angst vor dem Stalinismus zur Gründung dieses Militärbündnisses? Oder ging es in Wirklichkeit eher um die weitere Expansion der US-amerikanischen Weltmacht? Wäre das immer wieder genannten Motiv der „Verteidigung“ dann nicht ein Mythos – um nicht zu sagen: eine Gründungslüge? Zumal da dieses angebliche Verteidigungsbündnis im Verlauf der Jahrzehnte dann zahlreiche – zumeist auch noch völkerrechtswidrige – Angriffskriege vom Zaun brach, zum Teil mit deutscher Beteiligung: 1999 gegen Serbien, 2001 gegen Afghanistan, 2003 gegen den Irak, 2011 gegen Syrien und Libyen, um nur einige aufzuzählen.

Wir sollten uns über eines im Klaren sein: Kein Krieg kommt sozusagen aus dem Nichts, aus dem luftleeren Raum. Jeder Krieg hat eine Vorgeschichte, auch der Krieg in der Ukraine. Und diese Vorgeschichte zu betrachten, bedeutet nicht im geringsten, Krieg und Gewalt zu rechtfertigen. Jeder Krieg, das kann man nicht oft genug wiederholen, verstößt gegen die Friedenslehre Jesu. Und jede Gewaltanwendung ist im Grunde immer ein Zeichen innerer Schwäche.

Doch wie wollen wir zu einer friedlicheren Welt gelangen, wenn wir die Mechanismen der Gewalt nicht ergründen und offenlegen? Und es geht gerade in diesem aktuellen Fall ja nicht nur darum, für die Zukunft etwas zu lernen.

Sondern es geht ganz dringend und aktuell auch darum, welche Art von Zivilisation auf diesem Planeten in Zukunft überhaupt noch möglich sein wird. Und es geht vor allem darum, den bestehenden Konflikt nicht noch weiter eskalieren zu lassen. Und wir sehen ja, dass die Politik im Moment eher das Gegenteil tut – aus welchen Motiven auch immer.

Umso wichtiger ist es, der Sache einmal auf den Grund zu gehen gerade jetzt! Und als eine Art Kompass könnte uns dabei – ganz pragmatisch – das dienen, was der SPD-Entspannungspolitiker Egon Bahr im Jahr 2013 zu Schülern in einer Gedenkstätte sagte:

„In der Internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“
(Rhein-Neckar-Zeitung, 4.12.2013)

In unserem Fall heißt das: Dieser Krieg in der Ukraine ist – so wie die meisten Kriege der vergangenen Jahrzehnte – nicht zu verstehen, wenn wir nicht die sogenannte Geopolitik in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Was ist Geopolitik? Einer der Begründer dieser Forschungsrichtung, der deutsche Geograf Karl Haushofer (1869-1946), schrieb dazu im Jahr 1928: **„Die Geopolitik ist die Lehre von der Erdgebundenheit der politischen Vorgänge.“** (Wikipedia, Geopolitik)

Im angelsächsischen Raum ist hier vor allem der britische Geograf Halford McKinder (1861-1947) zu nennen. Eine der wichtigsten geopolitischen Thesen lautet, sinngemäß und vereinfacht: Wer die Landmasse Eurasiens – also Asiens plus Europa – beherrscht, der beherrscht die Welt. Und im Umkehrschluss bedeutet das für Seemächte wie Großbritannien oder die USA: Sie sollten – wenn sie in der Welt machtpolitisch eine gewichtige Rolle spielen wollen – danach trachten, größere Teile Eurasiens zu beherrschen.

Aus geopolitischer Sicht hätten wir damit bereits einen ausreichenden Grund für die Gründung der NATO, und zwar abseits von moralischen Erwägungen: Die damals noch aufstrebende Weltmacht USA hat damit nämlich einen starken Fuß auf den europäischen Kontinent gesetzt.

Und was die Angst vor dem Stalinismus angeht, die Du gerade erwähnt hast: Die mag nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus berechtigt gewesen sein. Doch aus geopolitischer Sicht relativiert sich das. Der US-amerikanische Geopolitiker George Friedman sagte bei einem viel beachteten Vortrag im Februar am 3.2.2015 in Chicago, was aus seiner Sicht die USA wirklich fürchten:

„Die Hauptangst der Vereinigten Staaten ist: deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft als die einzige Kombination – seit Jahrhunderten –, die die USA ernsthaft in Bedrängnis bringen könnte.“

Mit anderen Worten: Die USA wollen demnach aus geopolitischer Sicht unter allen Umständen verhindern, dass Deutschland und Russland zusammenarbeiten – und das schon seit Jahrhunderten. Im Ersten und im Zweiten Weltkrieg hat das – so gesehen – ja geklappt. Und im Dritten?

Der Buchautor Stephan Berndt, der diesen bemerkenswerten Vortrag des US-amerikanischen Geopolitikers in seinem Buch *„Was will Putin?“* umfassend ausgewertet hat, fügt hier einen Kommentar an: **„Es lohnt, sich die Bedeutung der letzten Sätze nochmals vor Augen zu führen: Selbst wenn Russland eine vorbildliche Demokratie nach westlichem Muster wäre, würde sich aus Sicht der USA rein gar nichts am eigentlichen Problem ändern. Schlimmer noch: Je demokratischer und westlicher Russland würde, desto mehr würde Russland – aus Sicht Friedmans – zum einem Problem für die USA.“** (Stephan Berndt, *Was will Putin?*, S. 230)

Wir sehen also schon: Hier ist wirklich ein Umdenken gefragt, ganz im Sinne von Egon Bahr: **„In der Internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“** (s.o.)

Aus diesem Blickwinkel wird dann auch zumindest erklärbar, weshalb zum Beispiel, wie vorhin erwähnt, die im Grund sehr erfolgreiche deutsche Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre heute auch in der SPD plötzlich so harsch kritisiert wird. Man könnte nämlich sagen: Hier hat sich mittlerweile offenbar der geopolitische Blickwinkel der USA-Regierungen durchgesetzt.

Diesen Zusammenhang bestätigt auch Oskar Lafontaine, ehemaliger Vorsitzender der SPD, wenn er im April 2022 in der Schweizer *Weltwoche* schreibt:

„Ähnlich wie De Gaulle wusste auch Bundeskanzler Willy Brandt, dass er seine Politik des Friedens und der Entspannung nur gegen Widerstände aus Washington durchsetzen würde. Überzeugt davon, dass nur so der Frieden in Europa gesichert werden könne, setzte er seine Ostpolitik Schritt für Schritt um. Die USA waren sehr verärgert, wie ein Telefonat Henry Kissingers mit Richard Nixon bewies, in dem Kissinger unverhohlen Willy Brandt den Krebs an den Hals wünschte.“ (25.4.2022)

Später allerdings, als der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger nicht mehr in unmittelbarer Regierungsverantwortung stand, äußerte er sich nachdenklicher. In der *Welt am Sonntag* warnte er am 9. März 2014, **„die Ukraine sollte Brücke sein“** und **„niemandes Vorposten. ... Missbraucht man die Ukraine für eine Ost-West-Konfrontation, dann wäre für Jahrzehnte jede Chance vertan, Russland und den Westen ... in ein kooperatives internationales System zusammenzubringen. ... Wir sollen Versöhnung wollen, nicht Dominanz. ... Die Dämonisierung Putins ist keine Politik sondern Alibi für das Fehlen einer solchen. ... Die Ukraine sollte kein Mitglied der Nato werden.“**

Und Kissinger warnte **„die USA davor, sich angesichts aller fünf mehr oder weniger gescheiterten US-Kriege seit 1945 in einen weiteren Krieg zu stürzen, dessen Ende sie nicht absehen können.“** (Was will Putin?, S. 261)

Was aber Henry Kissingers Nachfolger in der Regierungsverantwortung nicht davon abhielt, all diese Worte in den Wind zu schlagen und unter anderem weitere sogenannte Stellvertreterkriege vom Zaun zu brechen wie denjenigen, den die USA derzeit mit Russland auf dem Territorium der Ukraine austragen. Und zwar, wie sogar die Zeitung *The American Conservative* ebenso kritisch wie zynisch anmerkt, **„bis zum letzten Ukrainer“**. (14.4.2022)

Aus eiskalter geopolitischer Sicht mag das durchaus sinnvoll erscheinen. Denn die Ukraine, so schrieb der führende US-amerikanische Geopolitiker Zbigniew Brzeziński im Jahr 1997 in

seinem Buch „Die einzige Weltmacht“, **„ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt ... Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“** (S. 74)

Und ein Stellvertreterkrieg der USA mit Russland auf dem Territorium der Ukraine hat zudem – wiederum aus geopolitischer Sicht – den Vorteil, dass damit nicht nur Russland, sondern – denken wir wieder an die Maxime von George Friedman – auch Deutschland geschwächt wird, und zwar durch die wirtschaftlichen Sanktionen, die damit unweigerlich verbunden sind.

Oskar Lafontaine schrieb dazu in einem weiteren Artikel in der *Weltwoche* am 12.5.2022:

„Heute ist Washington fest entschlossen, Russland um jeden Preis zu schwächen. Viele Ukrainer und Russen werden, wenn der Krieg Jahre dauert, ihr Leben verlieren. Sollte der Krieg eskalieren, dann wird zuerst Europa und nicht die UA in Mitleidenschaft gezogen. Die laufenden Sanktionen schaden in erster Linie den Europäern, vor allem den Deutschen. Die Energiepreise explodieren, und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sinkt. Und wie bei den Kriegen der USA und ihrer Vasallen im Vorderen Orient ist Europa für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge zuständig.“

Wir merken schon: Wir begeben uns hier in eine Gedankenwelt hinein, die uns zurecht erschauern lässt. Dieses geopolitische Denken, das auch Oskar Lafontaine zu Recht anprangert, hat überhaupt nichts mit Anstand, mit Ethik oder Moral zu tun. Es ist vielmehr das genaue Gegenteil davon. Wir hören hier sozusagen den „Vater von Unten“ denken und sprechen, von dem schon Jesus von Nazareth sprach, und der auch der „Götze Baal“ genannt wird.

Doch wir müssen leider davon ausgehen, dass dieses Denken vor allem in den politischen und wirtschaftlichen Eliten dieser Welt weiter verbreitet ist, als wir ahnen. Und all diese Politiker, diese Regierungsmänner in Ost und West, in Nord und Süd, die immer wieder Kriege vom Zaun brechen und damit unendliches Leid verursachen, die weitere Eskalationen förmlich provozieren, die

nennen sich fast alle dennoch „Christen“. Sie tragen seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten ihre geopolitischen Machtkämpfe aus, sie intrigieren, sie heucheln, sie lügen, verleumden und beschimpfen sich gegenseitig – alles nur, um ihre Macht und den Profit der ihnen zugehörigen Wirtschaftskonzerne zu mehren: Immer noch mehr Macht, noch mehr Profit, vor allem auch in der Rüstungsindustrie. Und dazu missbrauchen sie dann den guten Namen des Friedefürsten Christus, der sagte: **„Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“** In Wahrheit dienen diese Politiker dem Gott der Unterwelt, von dem wir gerade gesprochen haben. Was haben diese Politiker in Wahrheit für die Menschen übrig, die unter ihren Maßnahmen leiden, für die Tiere, für die Natur?

Spätestens, als dann im Jahr 1989 nicht nur die innerdeutsche Mauer, sondern der gesamte „eiserne Vorhang“ in sich zusammenfiel – was ohne die vorhergegangene deutsche Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion wohl kaum möglich gewesen wäre –, dann wäre es an der Zeit gewesen, die bis an die Zähne bewaffneten Militärbündnisse des „kalten Krieges“ endlich infrage zu stellen. Die Sowjetunion war zerfallen, und der Warschauer Pakt löste sich auf. Die SPD – wer weiß das heute noch, und wer hält es heute noch für möglich – verabschiedete in ihrem neuen Grundsatzprogramm am 20. Dezember 1989 unter anderem den Satz, und ich zitiere: **„Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen.“** (NDS, 30.4.2022)

Das war im übrigen auch noch das Ziel des inzwischen an die Macht gekommenen russischen Präsidenten Wladimir Putin, der noch in seiner Rede im deutschen Bundestag im September 2001 sinngemäß von einem „Haus Europa“, von einem eigenständigen europäischen Sicherheits- und Wirtschaftssystem zwischen Lissabon und Wladiwostok sprach. Doch da waren die Weichen längst anders gestellt. Die große Chance, die Welt nach dem Fall der Mauer sicherheitspolitisch neu zu gestalten und sie damit ein Stück friedlicher zu machen, war vertan worden. Und spätestens jetzt war klar, dass die NATO kein „Verteidigungsbündnis“ ist und nie eines

war. Ein europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands – das war ja auch genau das, was der US-amerikanischen Geopolitik genau entgegengesetzt war und ist.

Nach dem gewaltsamen Putsch in der Ukraine im Februar 2014 – auf den wir gleich noch zu sprechen kommen –, stand auch für den damals gestürzten ukrainischen Ministerpräsidenten Nikolai Asarow fest, dass es bei diesen Vorgängen **„nie wirklich um die Ukraine gegangen“** sei, **„sondern um den Kampf um Eurasien“** (Daniele Ganser, Imperium USA, S. 322). Asarow wörtlich: **„Die Ukraine war nur der Keil in der strategischen Operation der Amerikaner, einen europäischen Wirtschaftsraum von Westeuropa bis Wladiwostok zu verhindern.“**

Und damit niemand mehr auch nur auf die Idee kommen konnte, ein solches „gemeinsames Haus Europa“ anzustreben, schritten die US-amerikanischen Geostrategen sogleich zur Tat und begannen damit, die NATO um zahlreiche ost- und südosteuropäische Staaten zu erweitern: Zwischen 1999 und 2017 traten insgesamt 13 Länder der NATO bei.

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser schreibt dazu in seinem Buch *„Imperium USA – die skrupellose Weltmacht“*: **„Aus der Sicht der Russen ist die Ausdehnung der NATO nach Osten ein Wortbruch und eine Provokation. ... Der US-Außenminister James Baker ... versprach am 9. Februar 1990 im Katharinensaal des Kreml in Moskau gegenüber Gorbatschow, die NATO werde ihren Einflussbereich ‚nicht einen Zentimeter weiter nach Osten ausdehnen‘ ... Doch dieses Versprechen wurde gebrochen, es war eine Täuschung, die an das Verhalten der USA gegenüber den Indianern im 19. Jahrhundert erinnert.“** (S. 319)

Diese mündliche Zusage der Westmächte – nicht nur von US-Außenminister Baker – ist vielfach bezeugt, etwa auch vom damaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der im Februar 1990 vor laufenden Fernsehkameras sagte:

„Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten.“ (Wikipedia, Nato-Osterweiterung)

Diese klare Vereinbarung wurde allerdings nicht schriftlich festgelegt. Doch ist es nicht umso bedenklicher – und das nicht nur aus russischer Sicht –, dass die NATO und allen voran die USA – ohne rot zu werden – allen Ernstes selbst zugeben, ein von ihnen vielfach mündlich gegebenes Wort sei nichts wert, wenn es nicht formgerecht schriftlich bestätigt wurde? Das bedeutet doch: Wer ihrem Wort Glauben schenkt oder gar darauf vertraut, der ist selbst schuld, wenn er so dumm ist!

Im Jahr 2022, nachdem Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen hatte, taten fast alle westlichen Politiker höchst überrascht und entsetzt: Man habe sich leider in Wladimir Putin getäuscht, klagten sie fast einhellig. Der Journalist Walther Bücklers schrieb dazu in einer Zusammenfassung der Vorgeschichte des Krieges: **„Die nun ... von politischer und medialer Seite vorgetragene Fassungslosigkeit ob der aktuellen Ereignisse hat einen bitteren Beigeschmack von Heuchelei.“** (NDS, 7.5.2022)

Denn es gab in den vergangenen zwanzig Jahren Dutzende von eindringlichen Warnungen von namhaften Experten aus Politik, Medien und Wissenschaft, die aber allesamt ignoriert wurden. Walther Bücklers zählt einige davon auf:

„Bereits als der amerikanische Präsident Bill Clinton 1996 die NATO-Osterweiterung auf den Weg brachte, führte dies unmittelbar zu kritischen Reaktionen von prominenter Seite. George Kennan, der Vater der Containment-Strategie der USA im Kalten Krieg, nannte Clintons Pläne „vollkommen unnötig“ und „einen fatalen Fehler“, der die Spannungen zwischen Ost und West neu entfachen würde. Egon Bahr, der Architekt der deutschen Ostpolitik unter Willy Brandt, ... nannte eine solche Expansion „einen riesigen Fehler“. ... Nach dem Maidan-Umsturz 2014 bezeichnete der vormalige US Botschafter, Jack Matlock, die NATO-Osterweiterung und

amerikanische Einmischung in die Ukraine als „diplomatischen Tritt zwischen die Beine“, der das Vertrauen zwischen Russland und den USA ruiniert habe. Russland-Historiker und ... Professor, Stephen F. Cohen, beschrieb die NATO-Expansion als fundamentalen Vertrauensbruch ... Henry Kissinger mahnte wiederholt, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine nicht im Sicherheitsinteresse Europas sei. Der amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer sagte bereits 2015 voraus, dass die Russlandpolitik des Westens in finaler Konsequenz zur Zerstörung der Ukraine führen würde. Die Ursachen des Ukrainekriegs waren damit keinesfalls unklar, sondern zumindest in Expertenkreisen jahrzehntelang bekannt.“ (ebenda)

Die Experten warnten also und warnten. Doch die NATO-Strategen trieben dennoch die Einschnürung Russlands immer weiter voran, rückten mit immer weiteren NATO-Mitgliedern immer näher auf die russische Grenze zu, verringerten dabei die Flugzeit der Raketen, die sie dort stationierten, bis nach Moskau immer weiter und weiter. Schließlich nahmen sie auch Georgien und die Ukraine ins Visier – so, als ob sie es geradezu auf einen Krieg abgesehen hätten, um Moskau zu provozieren, um Russland in der Weltöffentlichkeit bloßzustellen und weiter zu schwächen.

Und wieder kamen die Warnungen. So schrieb der frühere SPD-Bundesminister Erhard Eppler in der *Süddeutschen Zeitung*:
„Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemals ein russischer Präsident, ganz gleich, wie er heißt, geduldig zusehen würde, wie eine eindeutig antirussische Regierung die Ukraine in Richtung NATO zu führen versucht.“ (11.3.2014)

Und der bereits erwähnte Schweizer Historiker Daniele Ganser sagte am 10. Mai 2015 in Berlin:

„Klar, die Ukraine wäre ein Riesen Schritt weiter in Richtung Ausdehnung der NATO, und ich bin leider fest davon überzeugt, dass die NATO dieses Ziel verfolgen wird. Die Russen werden das aber nicht zulassen. Sie werden eher die Ukraine in einem Bürgerkrieg zerstückeln, als dass sie die ganze Ukraine in die NATO reinlassen.“

Das sagte Daniele Ganser im Jahr 2015. Und wie sieht es heute aus? Sieben Jahre später hat er leider recht behalten, wie er selber heute sagt. Doch wer war die treibende Kraft dahinter? Wir haben jetzt in der Chronologie der Ereignisse einen kleinen Sprung gemacht. Und dieser Sprung zeigt aber nur, wie zu allem entschlossene Geostrategen ihre Ziele weiter verfolgt haben, und wie sie dabei auch vor illegalen Aktionen keineswegs zurückschreckten.

Als nämlich die USA im Jahr 2008 zum ersten Mal versuchten, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, hatten Deutschland und Frankreich dieses Vorhaben aus der Sorge um die Auswirkungen auf die gesamteuropäische Sicherheitslage noch blockiert.

Dies wirft ein übrigens bezeichnendes Licht auf die Rolle der Europäischen Union und auch Deutschlands in diesem im wahrsten Sinn des Wortes mörderischen strategischen „Spiel“: Die Europäer können oder wollen – wenn überhaupt – allenfalls hinhaltenden Widerstand leisten. So wie der deutsche Bundeskanzler Scholz im Jahr 2022 die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zwar um einige Wochen verzögerte, am Ende aber dann doch zustimmte, einschließlich der Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen Waffen durch deutsche Ausbilder, was Deutschland nach Meinung von Experten endgültig zur Kriegspartei machen könnte, mit allen höchst gefährlichen Folgen.

Wie souverän ist dann noch der deutsche Staat? Ist er überhaupt noch in der Lage, seine Bürger vor einer verhängnisvollen Verwicklung in die strategischen Pläne anderer Mächte zu schützen?

Das Ziel der Strategen, die Ukraine ebenfalls in die NATO aufzunehmen, war also 2008 bis auf weiteres blockiert – zumal da der im Jahr 2010 demokratisch gewählte ukrainische Staatspräsident Viktor Janukowitsch sich weigerte, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Denn dieses Abkommen

hätte die Ukraine gezwungen, im Gegenzug ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Russland stark einzuschränken und dadurch erhebliche wirtschaftliche Einbußen zu erleiden.

Wir sehen also: Hier findet eine Art Tauziehen statt. Die Ukraine ist ein sehr heterogenes Land mit unterschiedlichen Sprachen, Völkerschaften und Religionen, auch mit unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Orientierungen. Insbesondere stehen sich russischsprachige und ukrainischsprachige Bevölkerungsteile gegenüber. Doch anstatt dem Land zu helfen, an einer allmählichen Versöhnung dieser Gegensätze zu arbeiten, werden von außen die Gegensätze eher verstärkt und die Konflikte angeheizt.

Doch wer will so etwas? Welches Ziel haben die Anheizer? Geht es ihnen um das Wohl der Menschen im Land? Oder verfahren sie nach der uralten Maxime der Kolonialherren: Trenne, binde und herrsche? Dieses Prinzip ist nicht von ungefähr auch das Prinzip der Widersacher Gottes, also des Götzen Baal. Das Prinzip des Reiches Gottes lautet im Gegensatz dazu: „Verbinde und sei!“

Das Abkommen der EU mit der Ukraine war zwar gescheitert – doch für die Anheizer hatte es seinen Zweck dennoch erfüllt. Denn aus dem der Ukraine von der EU aufgezwungenen Entweder-Oder ergaben sich Demonstrationen dafür – auf dem Maidan-Platz in der Hauptstadt Kiew –, aber auch dagegen. Und die Seite, die sich von einer Annäherung an Europa vermehrten Wohlstand erhoffte, wurde nun von westlicher Seite aus massiv unterstützt. Victoria Nuland vom US-Außenministerium gab im Dezember 2013 öffentlich zu, ihre Regierung habe bisher fünf Milliarden US-Dollar **„in die Entwicklung demokratischer Institutionen investiert“**. (telepolis.de, 8.10.2016)

Denken wir noch einmal an Egon Bahr: **„In der Internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“** (s.o.)

Und das trifft ohne Zweifel auch auf den illegalen Putsch zu, der nur kurze Zeit später, im Februar 2014, in Kiew stattfand. Nachdem

verdeckte Scharfschützen scheinbar wahllos in eine Menschenmenge von Demonstranten geschossen und rund 100 Menschen getötet hatten, flüchtete der gewählte Präsident, dem man das Ganze sofort in die Schuhe zu schieben versuchte. Obwohl er doch an einer solchen Eskalation überhaupt kein Interesse haben konnte, da kurz zuvor noch eine internationale Vereinbarung für eine Übergangsregierung unter seiner Leitung getroffen worden war. Doch um diese Vereinbarung, die auch der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit ausgehandelt hatte, kümmerte sich nun plötzlich keiner mehr, sondern man akzeptierte stattdessen eine nicht demokratisch legitimierte Putschisten-Regierung, die bezeichnenderweise umgehend eine Reihe von westlichen Ausländern zu neuen Ministern ernannte.

David Stockman, ein ehemaliger US-Kongressabgeordneter und hochrangiger Regierungsbeamter unter Präsident Ronald Reagan, und somit eine Art Kronzeuge, kam im Frühjahr 2022 im Rückblick denn auch zu dem Schluss:

„Der heutige Ausbruch eines heißen Krieges in der Ukraine würde absolut nicht stattfinden, wenn es nicht im Februar 2014 zu einem gewaltsamen Staatsstreich gekommen wäre, durch den der demokratisch gewählte prorussische Präsident der Ukraine gestürzt wurde; und dieser Staatsstreich wurde von in Washington ansässigen neokonservativen Wichtigtuern und Waffenhändlern finanziert, organisiert und choreografiert.“ (NDS, 2.3.2022)

Und dieser illegale Staatsstreich spaltete das Land weiter, statt es zu versöhnen. Größere Teile der überwiegend russischsprachigen Landesteile wollten sich mit dem Putsch nicht abfinden und protestierten.

Es kam teilweise zu bewaffneten Auseinandersetzungen und auch zu Massakern, insbesondere durch ukrainische rechtsextreme Nationalisten. Am Ende entschied sich die Halbinsel Krim im Süden des Landes nach einer eigenmächtig durchgeführten Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an die Russische Föderation.

Während die Aufregung im Westen über die sogenannte „Annexion“ der Krim durch Russland – man könnte ja auch von einer „Sezession“ sprechen – seither andauert und zu zahlreichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland führte, äußerte sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt damals eher zurückhaltend.

Gegenüber der Wochenzeitung *Die Zeit* antwortete er auf die Frage **„Finden Sie Putins Vorgehen legitim?“**:

„Ich finde es durchaus verständlich. Der Ausdruck ‚legitim‘ ist eine Kategorie, die ich hier nicht einführen würde, weil das Ganze nicht ausschließlich als Rechtsproblem betrachtet werden kann.“

(27.3.2014)

Und auch der Altmeister des deutschen Auslandsjournalismus, Peter Scholl-Latour, wollte sich damals, wenige Monate vor seinem Tod, der allgemein üblichen Empörung nicht anschließen.

Als der Berliner *Tagesspiegel* ihm vorhielt: **„Es war Putin, der mit den Annexion der Krim das Völkerrecht gebrochen hat“**, hielt Scholl-Latour nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg:

„Die Amerikaner müssen vom Völkerrecht reden! Wer Leute mit Drohnen ermorden lässt! Die sind selber in genügend Länder einmarschiert. Und im Irak haben sie uns total angeschmiert. Putin hat hundertmal recht auf der Krim. Die Menschen dort sind prorussisch.“ (17.8.2014)

Für den russischsprachigen Donbass im Osten des Landes hingegen, der eine Autonomie forderte, ging es weniger glimpflich aus. Der Donbass schottete sich gegen die ukrainischen Truppen ab und wurde seither immer wieder von diesen schwer beschossen. Die ukrainische Regierung betrachtete die dortige russischsprachige Bevölkerung nicht mehr als Landsleute, sondern als Feinde und bezeichnete sie als „Terroristen“. Damit begann ein acht Jahre währender Bürgerkrieg, ein Leidensweg für die Bevölkerung, der 14.000 Menschen das Leben kostete und eine Million Bewohner zu Flüchtlingen machte. Im Westen war allerdings von diesem grausamen „Bürgerkrieg vor dem Krieg“ merkwürdigerweise kaum

etwas zu hören. Lag es daran, dass die Ukraine wie der langjährige Russlandkenner Ulrich Heyden schreibt, inzwischen „**eine westliche Kolonie**“ geworden war? (NDS, 22.2.2021)

Doch wenn das so ist, dann sind sich die Kolonialherren nicht ganz einig. Deutschland und Frankreich handelten 2014 und 2015 zweimal in der weißrussischen Hauptstadt Minsk jeweils ein Abkommen aus, wonach in den ostukrainischen Regionen eine weitgehende Selbstverwaltung und weitreichende Autonomie eingeführt werden sollte, damit sie Teil einer föderalisierten Ukraine bleiben bzw. werden könnten. Doch diese Abkommen wurden dann von den jeweiligen ukrainischen Regierungen nicht umgesetzt, offensichtlich mit Rückendeckung der USA. Und Deutschland und Frankreich unternahmen nichts dagegen.

Es ist sicher richtig, den Menschen zu helfen, die jetzt unter dem Krieg leiden und flüchten mussten. Doch wie wäre es gewesen, wenn die 100 Milliarden Euro, die jetzt in Deutschland für weitere Rüstung ausgegeben werden sollen, rechtzeitig in die Ukraine zu investiert worden wären, um dem Land zum einen wirtschaftlich zu helfen, zum anderen aber um auch politisch eine föderale Struktur aufzubauen, in der jede Region mit ihrer Sprache und Kultur respektiert wird? Hätte es dann einen Krieg gegeben?

Und wie erging es den Menschen in der restlichen Ukraine? Im Jahr 2022 reden unsere Politiker meist so, dass „wir“ der Ukraine möglichst viele Waffen liefern sollten, damit die Menschen dort „unsere“ westlichen Werte wie Demokratie, Unabhängigkeit und Freiheit verteidigen könnten. Doch stimmt das wirklich?

Bereits im Jahr 2006 musste Peter Scholl-Latour seinem Buch „*Russland im Zangengriff*“ feststellen:
„Laut internationaler Statistik befindet sich die Ukraine – nach Albanien und Moldova – auf Platz drei der korruptesten europäischen Staaten.“ (S. 384)

Und weiter: „**Das Land ist der Willkür einer Dutzend zwielichtiger Milliardäre ausgeliefert ... Sie kontrollieren nicht nur die Wirtschaft, sie beherrschen auch die Politik.**“ (S. 400)

Das bestätigte auch die *Neue Zürcher Zeitung* am 3.5.2022: Der Kern des „**Geschäftsmodells**“ der Oligarchen „**ist die symbiotische Beziehung zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren, von der beide Seiten auf Kosten der Allgemeinheit profitieren**“. Das heißt, sie halten die Menschen arm.

Diese Oligarchen haben seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion dafür gesorgt, dass der sowjetische Sozialstaat durch neoliberale Privatisierungen, Haushaltskürzungen und Deregulierungen der Arbeitsbeziehungen fast vollständig abgebaut wurde. Doch auch das politische Leben wurde stark eingeschränkt: Im März 2022 wurden elf oppositionelle Parteien einfach verboten. Noch vor Ausbruch des Krieges hat Präsident Selenskyj auch zahlreiche ihm nicht genehme Fernsehsender einfach abschalten lassen. (NDS, 9.5.2022)

Sind das die Werte – Demokratie, Unabhängigkeit, Freiheit –, für die Deutschland Milliarden an Steuergeldern für Waffen ausgeben soll? Für die wir unseren Kindern und Enkeln Milliarden an Schulden hinterlassen sollen? Für die unsere Politiker unser Land in die Gefahrenzone eines dritten Weltkriegs führen sollen? Bitte entscheiden Sie selbst!

Wie erging es den Ukrainern weiter nach dem Maidan-Putsch 2014? Mit einem Sprachengesetz wurde im Jahr 2019 die russische Sprache weiter zurückgedrängt. Sie ist jetzt nirgends mehr Amtssprache, auch nicht in den Gebieten, in denen die russischen Muttersprachler die Mehrheit stellen. Auch hier sehen wir: statt Versöhnung eher weitere Spaltung.

Gleichzeitig nahm der Einfluss fanatischer ukrainischer Nationalisten zu – weniger bei Wahlen, dafür aber in der Regierung und in den

Streitkräften. In zahlreichen Milizen, die mit der ukrainischen Armee in Verbindung stehen, wird der Kult des faschistischen Führers Stepan Bandera gepflegt, der zeitweise mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg kollaborierte. Nationalistische Banden unter seiner Befehlsgewalt ermordeten damals Tausende von jüdischen, polnischen und russischen Zivilisten, die sie als ihre Feinde ansahen.

Noch einmal: Sind das die Werte, für die wir eine Kriegspartei unterstützen wollen?

Und dass die Ukraine eine Kriegspartei werden würde, das bahnte sich schon lange vorher an; das kam nicht ebenfalls aus heiterem Himmel. Die Ukraine wurde zwar bis heute kein NATO-Mitglied, aber sie wurde schon längst wie ein solches behandelt: nämlich mit Waffen und Beratern vollgepumpt. Ihre militärische Infrastruktur wurde an NATO-Standards angepasst. Im Jahr 2019 schrieb die Ukraine ihren Wunsch, in die NATO und die Europäische Union aufgenommen zu werden, sogar in die Verfassung. Im März 2021 erließ Präsident Selenskyj eine Anordnung zur Rückeroberung der Krim und verlegte Truppen in den Süden des Landes. Nun hat sich die Krim aber inzwischen zu einem Teil Russlands erklärt. Und gleich, wie man das bewertet, so bedeutet eine solche Ankündigung de facto, dass die Ukraine der Atommacht Russland damit den Krieg erklärt hat. Gleichzeitig ließ Selenskyj im April 2021 auch noch die Beschießung des Donbass verstärken. (NDS 7.5.2022)

Die USA hatten zuvor schon Raketen-Abwehr-Systeme in Rumänien und Polen installiert. Und von solchen Abwehr-Systemen kann man bekanntlich auch Raketen abschießen.

Nur einmal eine Frage: Wie wäre das gewesen, wenn all das umgekehrt in Kanada oder Mexiko, direkt an der Grenze der USA, stattgefunden hätte?

Doch es ging noch weiter. Wladimir Putin forderte im Dezember 2021 noch einmal die USA auf, mit ihm über eine neue

Sicherheitsarchitektur in Europa zu verhandeln und die Ergebnisse in einem **„langfristig verpflichtenden Dokument“** niederzulegen. Unter anderem forderte er eine Garantie, dass die Ukraine nicht Mitglied der NATO werden würde, und dass in Europa einschließlich dem russischen Teil Europas keine Atomwaffen stationiert werden sollten.

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete weiter:

„Dabei zeichnete Putin ein Szenario, wonach sich die Überflugzeit für Raketen aus dem Nato-Bestand bis nach Moskau auf sieben bis zehn Minuten verkürzen würde, sollte die Infrastruktur weiter Richtung russischer Grenze vorrücken ... Das wäre eine ,ernsthafte Herausforderung für die Sicherheit Russlands‘, sagte Putin.“

(21.12.2021)

Das heißt aber doch auch: Russland war oder ist bereit, auch auf eigenem Gebiet die Atomwaffen hinter den Ural zurückzuziehen. Voraussetzung ist vor allem eine dauerhafte Neutralität der Ukraine – etwa wie diejenige Österreichs oder bis 2022 noch Finnlands. Aber was wäre daran so schlimm? Was wäre daran so schlimm, wenn man damit einen Krieg vermeiden hätte können mit all dem Leid und all den Toten?

Weshalb ging man im Westen darauf nicht ein? Denn Putin erhielt zunächst keine Antwort und dann im Januar eine klare Absage. Stattdessen lieferten die NATO-Staaten weiter Waffen an die Ukraine. Im Februar 2022 schließlich versuchte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, in letzter Minute noch eine Einigung herbeizuführen, indem er auf der Münchner Sicherheitskonferenz dem ukrainischen Präsidenten nahelegte, öffentlich auf eine Mitgliedschaft in der NATO zu verzichten. Doch Selenskij lehnte ab.

Und auf derselben Konferenz hielt der ukrainische Präsident eine Rede, in der er das Budapester Memorandum von 1994 erwähnte, das aus seiner Sicht nicht mehr gültig sei. In diesem Memorandum hat sich die Ukraine verpflichtet, vereinfacht gesagt, die bis dahin

noch in der Ukraine stationierten sowjetischen Atomwaffen an Moskau zurückzugeben und sich nicht erneut zu bewaffnen. Diese Vereinbarung für nicht mehr gültig zu erklären, kommt daher einer indirekten Drohung gleich, dass die Ukraine sich wieder atomar bewaffnen will. Dann würde sich aber die Flugzeit der Atomraketen nach Moskau noch weiter verringern ...

Nun kann man geteilter Meinung darüber sein, ob und wie rasch die Ukraine eine solche atomare Wiederbewaffnung bewerkstelligen könnte. Doch man kann sich insgesamt des Eindrucks nicht erwehren, dass die ukrainische Regierung nichts, aber auch gar nichts ausließ, um den mächtigen russischen Nachbarn auf jede nur erdenkliche Weise zu provozieren – wie, um den sprichwörtlichen russischen Bären so in die Enge zu treiben, bis er irgendwann zurückbeißt.

Fast gleichzeitig verstärkte die ukrainische Armee die Beschießung des Donbass noch einmal erheblich. Und wenige Tage später begann der offene Krieg.

Wenn man das so im Rückblick alles verfolgt, kommt einem da nicht auch unwillkürlich die Frage in den Sinn: Waren die ukrainischen Machthaber da nicht von allen guten Geistern verlassen? Oder wurden sie unter Druck gesetzt und von wem? Wie konnten sie nur auf die Idee kommen, die wesentlich größere und mächtigere Russische Föderation so herauszufordern, den Staat mit den meisten Atomsprengköpfen weltweit, und dabei sämtliche rote Linien nicht nur aus Versehen mal zu streifen, sondern offenbar gezielt zu übertreten?

Und wer dann die bösen Geister waren und sind, um im Bild zu bleiben, die in so einem Fall die Einladung annehmen und die Abwesenheit des gesunden Menschenverstands für ihre Zwecke auszunützen pflegen, das überlassen wir getrost Ihrem Urteilsvermögen!

Es besteht kein Zweifel: Russland hat den Krieg gegen die Ukraine begonnen und damit gegen das Völkerrecht verstoßen. Und jeder

Krieg ist aus der Sicht der Lehre des Jesus von Nazareth ein Verbrechen. Krieg und Gewalt sind nie eine Lösung, die sie bringen nur immer weitere Gewalt hervor. Sie lösen auch keine Probleme, sondern versuchen immer neue. Die Spirale dreht sich weiter.

Und dennoch bleibt die Frage: Hätte man diesen Krieg nicht vermeiden können, ja vermeiden müssen? Weshalb ist die westliche Seite auf die Vorschläge und Forderungen Russlands in den letzten Monaten vor dem Kriegsausbruch in keiner Weise eingegangen? Weshalb hat man nicht darüber verhandelt, sondern sogar weiter Öl ins Feuer gegossen? **„Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen“**, sagte einst Altkanzler Helmut Schmidt.

Oder wollte man auf westlicher Seite den Frieden am Ende gar nicht? Hatte der Westen, also die NATO, überhaupt ein Interesse daran, diesen Krieg zu vermeiden? Oder wollte man den russischen Bären um jeden Preis in die Enge treiben und dadurch noch weiter schwächen?

Wir haben die Fakten aufgezählt. Und Sie können sich nun selbst ein Bild machen.

Und die weitere Frage wäre: Haben die westlichen Mächte wenigstens jetzt ein Interesse daran, diesen Krieg, der ja leider inzwischen stattfindet, möglichst rasch zu beenden?

Insofern könnte von Bedeutung sein, was der russische Staatspräsident Wladimir Putin am 9. Mai 2022 sagte.

BR24 berichtete: „Russlands Präsident Putin hat mit Blick auf den Ukraine-Konflikt vor der Gefahr eines neuen Weltkriegs gewarnt. Bei der Militärparade zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 77 Jahren sagte Putin, es müsse alles getan werden, um zu verhindern, dass sich ,der Schrecken eines globalen Krieges wiederholt‘. Dabei verteidigte er die Invasion im Nachbarland mit dem Hinweis, es gehe darum, Russland gegen eine ,inakzeptable Gefahr‘ zu verteidigen. Moskau habe immer wieder versucht, ein

Abkommen für eine internationale Sicherheitslösung zu erzielen, so der Kreml-Chef. Die Nato habe die Argumente aber ignoriert und damit begonnen, das ukrainische Territorium militärisch zu erschließen.“

Wladimir Putin hat wieder die „internationale Sicherheitslösung“ erwähnt, die aus seiner Sicht fehlt. Läge hier nicht wiederum eine Möglichkeit, das Versäumte nachzuholen und endlich in ernsthafte Verhandlungen einzutreten? Wäre das nicht sogar die Pflicht jedes Politikers, der einen Eid geschworen hat, dem Wohl seines Volkes zu dienen – auch bei uns in Deutschland?

Und noch einmal die Frage: Was wäre so schlimm an einer neutralen Ukraine, wenn man damit diesen Krieg wenigstens jetzt beenden könnte – wenn man es schon nicht geschafft hat, ihn auf diese Weise gar nicht erst entstehen zu lassen? Und wenn man damit vor allem eine weitere Eskalation dieses Krieges, bis hinein in den nuklearen Bereich, verhindern könnte? Wäre da ein entschlossenes Verhandeln nicht schon lange das Gebot der Stunde?

Der bereits erwähnte US-amerikanische Politologe und Experte für internationale Beziehungen John Mearsheimer gab in einem Gespräch auf der Plattform des *American Committee für US-Russia Accord* einen wichtigen Hinweis, der das bestätigt. Es gehe nämlich in diesem Krieg vorrangig ***„um die NATO-Erweiterung und um die ukrainische Neutralität ... Es gibt kein Indiz dafür, dass Putin die Ukraine tatsächlich zu einem Teil Russlands machen will.“***
(NDS, 19.4.2022)

Genau das behaupten aber Kriegsbefürworter immer wieder, um das weitere Andauern des Krieges und die Waffenlieferungen zu rechtfertigen.

John Mearsheimer hatte bereits im Herbst 2014 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* gewarnt:

„Kein russischer Staatschef würde dulden, dass ein Militärbündnis, das bis vor kurzem Moskaus Todfeind war, in die Ukraine

einmarschiert. Auch würde kein russischer Staatschef tatenlos zusehen, wie der Westen dort eine Regierung einsetzt, die die Ukraine in den Westen integrieren will.“

Doch genau das haben wir heute! Mearsheimer weiter:

„Das ist das kleine Einmaleins der Geopolitik: Großmächte reagieren immer sensibel auf potenzielle Bedrohungen in der Nähe ihres eigenen Territoriums. ... Stell dir die Empörung des Westens vor, wenn China ein beeindruckendes Militärbündnis aufbauen und versuchen würde, Kanada und Mexiko in dieses einzubeziehen. ... Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten stehen nun ... vor einer Entscheidung. Sie können ihre derzeitige Politik fortsetzen“ – wohlgemerkt: Das sage Mearsheimer im Jahr 2014! – , ***„was die Feindseligkeiten mit Russland verschärfen und die Ukraine zerstören würde ... Oder sie könnten einen anderen Weg einschlagen und für eine wohlhabende, aber neutrale Ukraine einsetzen ... Mit diesem Ansatz würden alle Seiten gewinnen.“*** (NDS, 16.4.2022)

Liebe Zuschauerinnen liebe Zuschauer, wir sehen: Die USA haben sich offenbar schon vor vielen Jahren entschieden, und zwar nicht für die friedliche Lösung, die Mearsheimer seinem Land schon vor Jahren nahelegte, sondern für den im wahrsten Sinn des Wortes tödlichen Konflikt.

Doch wer zwingt die Politiker in den anderen NATO-Staaten, dabei mitzumachen? Welchen Sinn macht eine Gefolgschaft bis in den Tod? Wo bleibt unter ihnen der Aufschrei derjenigen, die den Frieden wollen? Sind auch sie von allen guten Geistern verlassen?

Manche Politiker behaupten nun in Talkshows oder Interviews, mit Putin könne oder dürfe man gar nicht mehr verhandeln, nach allem, was schon passiert sei. Doch ist das nicht eine Ausrede? Was wäre geschehen wenn Willy Brandt und Egon Bahr im Jahr 1968 so gedacht und gehandelt hätten, als im Jahr 1968 die UdSSR in der Tschechoslowakei einmarschierte, um den Prager Frühling zu beenden? Sie hätten dann die Gespräche abgebrochen. Doch sie

taten genau das nicht: Sie verhandelten stattdessen unentwegt weiter – und am Ende stand die deutsche Einheit.

Doch das ist offenbar längst vergessen. Heutige Politikerinnen und Politikern halten meist wenig von mühsam errungenen Kompromissen. Für sie muss am Ende der Sieg stehen, und sonst nichts. Man könnte auch sagen: Pokerspielen statt verhandeln – auch wenn diesmal kein Geld als Einsatz auf dem Spiel steht, sondern unzählige Menschenleben. So lesen wir im *Redaktionsnetzwerk Deutschland* am 25. April 2022:

„Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sieht aktuell im Krieg in der Ukraine nur eine Lösung für einen möglichen Frieden: Wladimir Putin müsse militärisch besiegt werden.“

Erst drei Tage zuvor hatte der Bundeswehr-Brigadegeneral außer Dienst, Erich Vad, in einer Talkshow genau dieser scheinbaren Logik energisch widersprochen:

„Ich glaube, wichtig ist jetzt von der politischen Seite her nicht zu sagen: ‚Wir wollen den Sieg der Ukraine.‘ Wir wollen den Ukrainern helfen, das ist richtig Aber ... vom Ende her denken, heißt für mich nicht: ein militärischer Sieg einer Seite in diesem Konflikt, sondern ein baldiges Ende dieses Konfliktes – ... mit einer politischen Lösung. Mich stört es, wenn deutsche Politiker ... militärische Lösungen als ultimatives Ziel darstellen. Das ist doch verrückt! ... Das geht doch nicht! Der Zustand muss so sein am Ende, dass wir wieder in einen – wie immer gearteten – Waffenstillstand kommen. Und dazu gehört, dass wir irgendwann diesen Krieg beenden und nicht auf Sieg setzen. Das ist ja eine Rhetorik, die einfach nicht geht.

... Wir können in Zentraleuropa keinen Stellvertreterkrieg auf Jahre gebrauchen, der das Potential hat, zu einem Nuklearkrieg zu eskalieren. Weil Russland ... ist eine Nuklearmacht mit den meisten Nuklearwaffen weltweit. Das ist ein Unterschied. Und da müssen wir auch vorsichtig sein mit Waffenlieferungen. Und vor allen Dingen mit unserer Kriegsrhetorik. Und vor allem mit einer Rhetorik,

die sagt: Wir setzen auf den militärischen Sieg einer Seite. Das ist ein Fehler. Vom Ansatz her ist das ein Fehler.“ (Maybritt Illner, 22.4.2022)

In welcher Zeit leben wir, in der die Militärs den Politikern den Weg zum Frieden und das Verhandeln beibringen müssen? Wer hat alles so auf den Kopf gestellt? War es wieder einmal der „Diabolos“, der Durcheinanderwerfer?

Auch Oskar Lafontaine versucht fast schon verzweifelt, die Kriegsbegeisterung und verfrühte Siegestrunkenheit vieler Politikerkollegen zu dämpfen. In dem bereits erwähnten Artikel in der Schweizer *Weltwoche* mit der vielsagenden Überschrift „*Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg*“ nennt er die Strategie **„einer weiteren Anheizung des Ukraine-Kriegs ... brandgefährlich, weil die USA offensichtlich den Rat ihres ehemaligen Präsidenten John F. Kennedy nicht befolgen wollen, nach dem man eine Atommacht niemals in eine Situation bringen dürfe, aus der sie keinen gesichtswahrenden Ausweg mehr finde.“** (25.4.2022)

Da muss man gar nicht mehr viele Worte machen. Seit Kennedy, also seit mittlerweile mehr als 60 Jahren, gehört diese Erkenntnis zum kleinen Einmaleins des Umgangs mit Atommächten, wie Russland eine ist: nämlich die Erkenntnis, nach der **„man eine Atommacht niemals in eine Situation bringen dürfe, aus der sie keinen gesichtswahrenden Ausweg mehr finde“.**

Dies unterstreicht auch die Politikerin Sahra Wagenknecht, die in einer TV-Sendung im Mai 2022 sagte: **„Diese Logik von Sieg und Niederlage ist eine fatale Logik. Die Atommacht Russland wird keine bedingungslose Kapitulation unterschreiben, ohne ihre letzten militärischen Mittel ausgereizt zu haben. Dieser Krieg wird ohnehin durch Verhandlungen beendet werden.“** (Maischberger, 3.5.2022)

Doch die neunmalklugen kriegseskalierenden Politiker von heute, hüben wie drüben des Atlantiks, meinen, es besser zu wissen, und

blockieren mit allen möglichen und unmöglichen Ausreden ernsthafte Verhandlungen, die den Krieg beenden könnten. Was will man da noch sagen?

„Der Krieg kann nur durch einen Verhandlungskompromiss beendet werden.“ Das sagt auch der erfahrene Entspannungspolitiker Albrecht Müller. (NDS, 30.4.2022)

Wer hingegen auf Sieg setzt, der spielt – nicht nur in diesem Fall – mit dem Feuer. Doch in diesem Fall – und das kommt noch hinzu – ist es sogar ein atomares Feuer, mit dem er zündelt. Und am Ende werden beide Seiten verlieren, auch diejenige der scheinbaren Sieger. Denn wer einen möglicherweise ins Atomare eskalierenden Krieg erzwingt, in der Wahnvorstellung, sich dadurch irgendeinen geopolitischen Vorteil zu verschaffen, der bringt am Ende nur die Hölle auf die Erde – auf eine Erde, die eine sich unbesiegbar glaubende Männerwelt ohnehin schon längst an den Rand des Abgrunds gebracht hat. An den Abgrund des Klimawandels.

Doch anstatt das Klima auf dem Planeten Erde in jeglicher Hinsicht zu verbessern, anstatt die Natur und die Tiere endlich zu schützen, anstatt die grausame Massentierhaltung und die Naturzerstörung zu stoppen und das Artensterben, solange es noch möglich ist, anstatt den Hunger in der Welt zu lindern, sollen wir uns – nach dem Willen dieser neunmalklugen Politiker – ständig mit Waffenlieferungen und Aufrüstung beschäftigen. Wer will uns da von etwas eigentlich Wichtigerem ablenken? Stattdessen sollen wir uns der pausenlosen Kriegspropaganda der Massenmedien mit ihren plakativen Feindbildern zur Verfügung stellen, und uns dann gegenseitig die Schuld zuschieben, wenn der Krieg weiter eskaliert. Und am Ende geht der Hass dann gleich in den Seelenreichen weiter. Doch wer will das? Gott, der Ewige sicher nicht!

Und ist es das wirklich wert? Sind irgendwelche geopolitischen Hirngespinnste es wert, dass der Jugend auf diesem Planeten die Zukunft gestohlen wird – durch den Klimawandel, durch den Krieg, durch die ungezählten Flüchtlinge – und nicht zuletzt durch die

Milliardenschulden, die zurückbleiben werden, wenn sich die damit eilig produzierten Massenvernichtungswaffen längst in Rauch aufgelöst haben werden?

Ist es das wirklich alles wert? In was für einer Welt leben wir dann?

Liebe Leserin, liebe Leser! Wenn Sie dieser Eskalation der Gewalt auf allen Ebenen von innen her etwas entgegensetzen wollen, gleich, was es ist, denken Sie daran: Wir können uns dabei immer auch Den wenden, der uns schon vor langer Zeit das Rezept für eine friedvolle Welt gebracht hat, für den Frieden zwischen Mensch, Natur und Tieren. Es ist der Christus Gottes, des guten Geistes in uns und um uns.

Copyright:

Der Modus – Der Verlag, Eine Stimme der Gerechtigkeit in dieser Welt, Postfach 1127, 97888 Kreuzwertheim, Juni 2023